Ratssitzung am 11.12.2018 "Haushaltsrede"

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Gemeinderatskollegen, sehr geehrte Zuhörer,

viele von uns werden sich in diesen Tagen die Augen reiben und sich wundern, dass schon wieder das Ende des Jahres vor der Türe steht.

Einige werden sich fragen, wo doch die Zeit geblieben ist und wie schnell auch dieses Jahr 2018 vergangen ist.

Die Antwort ist ganz einfach. Die Zeit wird "leider" immer schnelllebiger.

Viele Veränderungen bestimmen unser Leben. Veränderungen sind oft sinnvoll und wichtig. Auch in der Politik. Nur darf man bei diesen Veränderungsprozessen nicht diejenigen vergessen, die diesem aktiv ausgesetzt sind und diese aktiv begleiten sollen und müssen - nämlich unsere Bürger in der Gemeinde!

Vor uns liegt der Haushaltsplan 2019 zur Verabschiedung.

Über die finanzielle Situation der Gemeinde ist in den letzten Wochen sehr viel berichtet worden. Und auch am Ende diesen Jahres fragen sich die Bürger, wo die Reise wohl hingehen soll.

Im letzten Jahr haben wir die Steuern erhöht. Für die UWG war klar, dass der seinerzeit beschlossene Haushalt 2018 ein Ausnahmehaushalt war, und auch bleiben muss.

Denn die Erhöhungen der Grundsteuer B und A sowie die Gewerbesteuer haben unsere Bürger bis an die Grenzen belastet.

Trotz der Steuererhöhungen im letzten Jahr, den sprudelnden Steuereinnahmen in 2018

- Schlüsselzuweisungen
- Nachforderungen der Gewerbesteuer (aufgrund geänderter Gewerbesteuermessbescheide des Finanzamts)

ist es nicht gelungen, dass gesetzlich vorgeschriebene Ziel der Eigenfinanzierung -sprich: Erwirtschaftung der Abschreibungen- zu erreichen, mit der Folge, dass der Landkreis wieder einen Verweis gegenüber der Gemeinde aussprechen wird.

Wir befinden uns also noch immer nicht in einem finanziell ruhigen Fahrwasser.

Es liegt aktuell ein Fehlbedarf im Hinblick auf die Liquidität von rd. 1 Mio Euro vor, die mit der Kreditermächtigung zu einer entsprechenden Kreditaufnahme führt. Hinsichtlich der Kredtitaufnahme steuern wir damit einen zweistelligen Millonenbetrag an.

Im Ergebnis stellt sich die UWG-Fraktion die Frage, was läuft in der Gemeinde falsch bzw. welche Möglichkeiten hat die Politik, einen ausgeglichenen Haushalt für die Zukunft aufzustellen.

Für die UWG-Fraktion steht nach wie vor eindeutig fest, dass die Gemeindefinanzen mittelfristig zu konsolidieren sind, um auch Entlastungen weitergeben zu können an die Bürger, Unternehmen und Vereine, von denen unsere Gemeinde lebt und von deren Engagement wir alle profitieren.

Insgesamt muss vermieden werden, dass durch Einsparungen .z.B. im Bereich des Deckenprogramms ein Rückschritt oder gar ein längerfristiger Schaden für die Gemeinde entsteht. Dies gilt insbesondere für den Bereich der baulichen Unterhaltungsmaßnahmen.

Wir wissen alle, dass die Aufwendungen seit 2017 steigen und steigen. Die Ausgaben der Gemeinde sind zu hoch und Einnahmen aus Investitionen (Verkauf von Baugrundstücken) werden sofort dafür verwendet, die hohen Ausgaben aufzufangen.

Was wir brauchen, um unseren Haushalt langfristig wieder auf eine solide Basis stellen zu können, ist eine Atempause. Gerade im Bereich der Investitionen müssen wir darauf achten, das überschaubare Baugebiete im Rahmen eines Gesamtkonzepts für die Gemeinde entwickelt werden. Darauf hat die UWG-Fraktion in den letzten zwei Jahren innerhalb der Ausschuss- und Ratssitzungen immer wieder gebetsmühlenartig hingewiesen.

Das drängen der UWG-Fraktion hat sich scheinbar gelohnt. Die Mehrheitsgruppe hat nunmehr einen entsprechenden Antrag "Leitbild 2030" gestellt, der nach Auffassung der UWG-Fraktion schnellstens mit Leben zu füllen ist.

Die Gruppe SPD/UWG ist der Auffassung, dass gerade im Bereich der geplanten Nachverdichtung (Ortskern; Wahnbeck; Hahn-Lehmden) eine Ausweitung des zu erstellenden Leit-Konzepts auf die Außenbereiche erfolgen muss.

Lücken- und Hintergrundstückbebauung in den Außenbereichen ist eine denkbare Alternative zur Ausweisung neuer Baugebiete auf der grünen Wiese.

Was u.a. für den Ortskern der Gemeinde im Bereich der Innen- und Nachverdichtung gilt, muss auch für die Außenbereiche der Gemeinde gelten.

Dazu ist es aus Sicht der Gruppe SPD/UWG notwendig, ein entsprechendes Ziel in das Leitbild 2030 aufzunehmen "z.B.: Liegenschaftskartaster für die Gemeinde erstellen":

- 1. Verwaltung identifiziert
 - Lücken
 - mögliche Hintergrundstückbebauung
- 2. Bürgerbeteiligung
 - Bürger befragen, wo z.B. in den Außenbereichen eine Bebauung möglich wäre
 - So etwas hat bereits im Rahmen der Dorferneuerung (Rastede Norden) bereits durch den Planer Mosebach und Partner stattgefunden.
 Die Arbeitsgruppe konnte für den Außenbereich Nethen 50 Bauplätze identifizieren.
 - Eigentümer befragen, ob sie sich mit einer Lücken- bzw.
 Hintergrundstückbebauung einverstanden erklären.
- 3. Ergebnisse werden im Hinblick auf die Zielvereinbarungen im Leitbild für die politischen Entscheidungsträger aufbereitet.

Wie eingangs von mir vorgetragen, haben die im letzten Jahr vorgenommenen Steuererhöhungen und die glücklichen Umstände, wie

- wirtschaftliche Höchstkonjunktur (Schlüsselzuweisungen)
- Gewerbesteuernachforderungen aufgrund geänderter Gewerbesteuermessbescheide des Finanzamts

dazu geführt, dass der Haushalt 2019 rechnerisch ausgeglichen ist.

Ohne die glücklichen Umstände innerhalb des vergangenen Jahres sähe die finanzielle Lage der Gemeinde völlig anders und besorgniserregender aus.

Es herrscht sicherlich Einigkeit darüber, dass mit derart glücklichen Umständen nicht jedes Jahr zu rechnen ist. Nach einer Höchstkonjunktur folgt erfahrungsgemäß ein konjunktureller Abstieg. Und das Finanzamt wird auch nicht jedes Jahr geänderte Gewerbesteuermessbescheide erlassen, die die Gemeinde in die Lage versetzt, Gewerbesteuernachforderungen zu realisieren.

Deshalb wünscht sich die UWG wie im letzten Jahr, dass die Zeichen in unserer Gemeinde und auch im Gemeinderat auf Aufbruch stehen. Wir brauchen -noch dringender denn je- jeden einzelnen und jeden aktiven Beitrag, um unsere Ziele zu erreichen.

Und damit meine ich nicht nur die Verwaltung und den Gemeinderat. Denn Verwaltung und Gemeinde haben nicht das Ideenmonopol.

Die Einbindung der Bürgerschaft in aktuelle Themen in deutlich stärkeren Maß als bisher ist aus meiner Sicht unerlässlich.

Die UWG-Fraktion will dazu ihren Beitrag leisten.

Mangels Alternativen stimmen die Mitglieder unserer Fraktion dem Haushaltsplan für 2019 zu.

Theo Meyer Fraktionsvorsitrzender